

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
(24. Sitzung am 13. Februar 2019)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder**

Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/169](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE

Enthaltung: FDP

2. **Wirkung von Zwangsmaßnahmen erhöhen - Rechtsprechung effektiv durchsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2028](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch das Justizministerium und eine Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes entgegen.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

3. **Unterrichtung der Landesregierung über eine gegen das Landgericht Hannover gerichtete Bombendrohung**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

4. **Verfassungsgerichtliches Verfahren:
Verfassungsbeschwerde des Herrn B...,
vertreten durch Rechtsanwalt Werner Forkel, Steinweiler..., gegen**

a) den Beschluss des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 1. Februar 2017
(7 LA 35/16)

b) das Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg vom 3. Februar 2016
(5 A 7/14)
Az.: 1 BvR587/17)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

5. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss legte Termine für auswärtige Sitzungen fest.